

Hungern, für wen?

Von Helmut Böttiger

Die Agrarreform im Sinne der "Deregulierung" und "Freisetzung der Marktkräfte" der letzten Jahrzehnte zeigt endlich die politisch angestrebten Erfolge. Die Nahrung wird knapp, die Preise steigen, wenn schon nicht für die Bauern, so doch wenigstens für die Internationalen Nahrungsmittelkonzerne. Natürlich hat das Folgen. Josette Sheeran, Direktorin des Welternährungs-Programms der Vereinten Nationen warnt vor einem "perfect storm", der Millionen Menschen bedroht, weil die Nahrungsmittelpreise und die Anforderungen an die Nahrungsmittelhilfe gewaltig ansteigen. Laut "The East African" erklärte sie auf einer UNO-Konferenz in Äthiopien am 1. April: "Wir erfahren eine neue Form des Hungers, wir erleben mehr Hunger in den Städten als je zuvor. Oft sehen wir die Nahrungsmittel in den Regalen und davor Menschen, die sie sich nicht leisten können". Freie Marktwirtschaft eben!

In den letzten drei Monaten kam es in fünf Länder Afrikas zu Hungeraufständen: in Burkina Faso, Kamerun, Mauretanien, Mozambique und Senegal. In Kenia haben politische Unruhen zur Hungernot unter den Vertriebenen geführt und in Tansania weisen 38% der Kinder unter fünf Jahren Degenerationserscheinungen infolge anhaltender Unterernährung auf. Nach dem Londoner Guardian fanden im Februar 2008 in weiteren Ländern Hungerrevolten in einem Ausmaß statt, daß sie die Stabilität der Regierungen gefährdeten, nämlich in Ägypten, Haiti, Elfenbeinküste und Senegal. Zu größeren Protestbewegungen kam es in Usbekistan, Jemen, Bolivien und Indonesien. In Dubai teilte Sir John Holmes, der Koordinator der UN-Nothilfeprogramme den Teilnehmern der Internationalen Konferenz für humanitäre Hilfe und Entwicklung (DIHAD) mit: "Man darf den Sicherheitsaspekt nicht unterschätzen, wenn inzwischen Hungeraufstände von überallher auf der Welt gemeldet werden. Die gegenwärtige Entwicklung bei den Nahrungsmittelpreisen tendieren steil nach oben und mit ihnen das Vorkommen und Ausmaß der Ernährungsunsicherheit". Er schätzte den weltdurchschnittlichen Anstieg der Preise auf 40% seit Sommer 2007. Hinzu kommen noch die steigenden Treibstoffpreise. In Jordanien streikten sogar die UNO-Angestellten für höhere Gehälter angesichts der um 50% gestiegenen Nahrungsmittelpreise.

Dramatisch anziehende Reispreise alarmieren (auf deutsch "zu den Waffen rufen") Verbraucher und Regierungen in ganz Asien (Handelsblatt vom 9. April). Dort ist Reis das Grundnahrungsmittel für drei Milliarden Menschen. Für die Masse der Armen bildet das Korn die tägliche Hauptspeise und oft die einzige Mahlzeit. Wegen des Preisanstiegs befürchten Experten Hungersnöte und sorgen sich um die politische Stabilität, beziehungsweise lösen durch Pogrome höriger "Mönche" politisch gewünschte Unruhen aus, weil sie die Gelegenheit für günstig halten.

Die Krieger gegen den Terrorismus werden sich bald ansehen können, wie in der "Dritten Welt" eine Regierung nach der anderen wegen der hohen Brotpreise stürzen wird, und wie sich Bevölkerungen gegeneinander im Konkurrenzkampf um die Konkursmasse einer üblen Weltwirtschaftspolitik gegenseitig - plangemäß - beseitigen. Robert Zoellick, Präsident der Welt Bank meinte am 2. April: "The World Bank Group estimates that 33 countries around the world face potential social unrest because of the acute hike in food and energy prices. For these countries,

where food comprises from half to three quarters of consumption, there is no margin for survival". Die Weltbank-Gruppe erwartet, daß 33 Länder rund um die Welt mit Unruhen wegen akuter Preisexplosion bei Nahrungsmitteln und Energiepreisen zu rechnen haben. In diesen Ländern, in denen Nahrungsmittel die Hälfte bis drei Viertel des Konsums ausmachen, gibt es keinen Spielraum fürs Überleben.

Das macht auch vor uns nicht halt, wenn hier auch noch ein gewisser zeitlicher Spielraum besteht. Die Getreidepreise stiegen zum Beispiel in Österreich um 58%: Die Großhandelspreise sind im März 2008 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10 Prozent gestiegen. Im Februar 2008 betrug die Jahresveränderungsrate noch plus 8,5 Prozent, teilte die Statistik Austria am 7. April in einer Aussendung mit. Im Vergleich zum März 2007 legten vor allem die Großhandelspreise für "Getreide, Saaten und Futtermittel" (+58,5 Prozent), "Düngemittel und agrochemische Erzeugnisse" (+46,8 Prozent), "Sonstige Mineralölerzeugnisse" (+35,8 Prozent) und "Motorenbenzin (inkl. Diesel)" (+28,7 Prozent)" zu.

Schicksal, oder gewollt? 1974/75 machte die USA mit dem NSSM 200 zum ersten Mal in ihrer Geschichte ausdrücklich die Reduktion der Bevölkerung zunächst in 13 Staaten der sogenannten Dritten Welt zum Ziel ihrer Weltpolitik. Im Zusammenhang mit diesem Memorandum hatte Henry Kissinger aus Fürth in Bayern, der es zum US-Außenminister gebracht hatte, die "Food Weapon" (zu deutsch "Nahrungsmittelwaffe") als Mittel dieser Politik ausgearbeitet. In dem Strategiepapier wurde auch dargelegt, wie die UNO, der Internationale Währungs-Fonds, die Weltbank aber auch der neue "Umweltschutz" des Club of Rome mit den entsprechenden Basis Organisationen in dieses politische Konzept eingebaut werden sollten. Das zunächst geheime Papier NSSM 200 war 1991 gerade rechtzeitig für den Earth Summit, der die Klimakatastrophe als UN-Strategie in Gang brachte, und für die Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen von 1994 veröffentlicht worden. Aber wie üblich wurde sie von den indoktrinierten Gutmenschen nicht ernst genommen und als üble Verleumdung der Freiheitsfackel USA abgetan. Dabei hatte der Club of Rome 1992 in seinem Buch "The First Global Revolution" geschrieben: "The common enemy of humanity is man [...] The real enemy, then, is Humanity itself" [Der gemeinsame Feind der Menschheit ist der Mensch. Der eigentliche Feind ist demnach die Menschheit]. Kann man es deutlicher sagen? Ja! Das tat der verstorbene UN-Chefberater Maurice Strong, der im gleichen Jahr 1992 die Abschaffung der industriellen Zivilisation gefordert hatte. Es war so deutlich gesagt, daß Millionen sich Augen und Ohren verkleistern mußten, um später einmal nichts gewußt zu haben, oder sich das Gehirn mit dem Spruch erweichten: "Es wird nicht so heiß gegessen, wie gekocht". Die Medien lieferten dazu den Cantus firmus. Andere Hunderttausende liefen den neuen grünen Parteien und internationalen Umweltorganisationen nach und spendeten in der Hoffnung, dadurch selbst verschont zu werden.

Keine Frage, wenn man sich die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte mit der Deregulierung des Agrarmarktes und der Hysterie um regenerative Treibstoffe ansieht, kann man nur zu dem Schluß kommen: Das ist Gewollt! Allein im letzten Jahr wurden 17% der US Maisernte mit Unterstützung des Steuerzahlers zu Biosprit verarbeitet, und das war erst der Anfang. Etwas spät schreibt nun Cinnamon Stillwell, im San Francisco Chronicle am 2.4.2008: "Eine Unheilige Allianz aus Umweltschützern, Agrarindustrie, Biosprit-Firmen und Politikern hat herumposaunt, Ethanol sei die Kur für alle unsere Umweltkrankheiten, während es tatsächlich mehr

schadet als nützt. Eine ganze Reihe unbeabsichtigter Konsequenzen reitet unsere Wirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung und noch zu allem Überfluß unsere Umwelt zu Schanden".

Jetzt wissen Sie wofür "Krieg dem Terror" und "Klimakatastrophe" gut sind. Die eine soll erklären, warum es die Not trotz der übermäßig üppigen technischen Produktionsmöglichkeiten überhaupt gibt, der andere bereitet auf die zu erwartenden Hungerrevolten vor. Inzwischen will die Bundesregierung von der Erhöhung des Anteils an Biosprit, der dem Benzin beigemischt werden muß, wieder abrücken - aber nicht wegen des zu erwartenden Hungers, sondern weil alte Autos nicht mehr Biosprit vertragen. Doch ist mehr dran als falsche Wirtschaftspolitik!

Manche wissen aus eigenem Erleben als Kinder auf dem Feld, andere haben von ihren "Nazi"-Eltern, denen man nichts glauben darf, gehört, daß die Alliierten in den letzten Kriegsjahren Kartoffelkäfer als Waffe gegen die Bevölkerung eingesetzt haben. Nach dem Krieg war das natürlich alles nicht wahr. Inzwischen bläst der Wind nach Meldung der FAO vom 10.3.2008 die Sporen der Puccinia Graminis (UG99) eines neuartigen Getreide-Rostpilzes über den Iran weiter nach Osten, also nach Afghanistan, Indien, Pakistan, Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan, alles Getreideanbauggebiete. 80% der dort verwendeten Arten seien nach Meinung des FAO Direktors Shivaij Pandey besonders gefährdet. Der Pilz soll von Ostafrika aus über den Jemen nach Iran gelangt sein, behauptete die FAO vergangene Woche in Rom.

Schon vor genau einem Jahr hatte der US-amerikanische Nobelpreisträger Dr. Norman Borlaug im Gespräch mit dem "New Scientist Magazine" vor einem drohenden Welthunger wegen der Ausbreitung einer neuen Pilzinfektion gewarnt. Die neue Variante der Pflanzenkrankheit mit dem Codenamen "UG99", eine Abart der Weizenrostkrankheit, befallt Getreidesaaten - die Hauptnahrungsquelle der Menschheit. Borlaug war in seinem Internationalen Mais und Weizen Verbesserungszentrum (CIMMYT) in Mexiko einer der erfolgreichsten Züchter von Getreidearten, die gegen Rostbefall doppelt resistent sind. In der Zeitschrift wird nebenbei bemerkt, während des Kalten Krieges seien Sporen von Weizenrostpilzen in den USA und in der Sowjetunion aufbewahrt worden, um als biologische Waffen eingesetzt zu werden. Gutmenschen hatten die Warnung Borlaugs damals als Panikmache abgetan, die Chemiekonzerne zur Absatzförderung für ihre Pflanzenschutzmittel in Umlauf bringen.

Die entsprechende Pflanzenkrankheit ist seit Urzeiten bekannt. Um 1905 züchtete Sir Henry Biffen als erster Getreidearten, die gegen den Rost resistent waren. Die entsprechenden Methoden wurden seitdem ständig verbessert, bis jetzt - angeblich 1999 zuerst in Uganda - diese neue, besonders virulente Abart des Erregers aufgetaucht sei, gegen den kaum eine der bekannten Saaten resistent ist. Im letzten Jahr setzten nun heftige Bemühungen zur Entwicklung neuer, auch dagegen resistenter Getreidesorten ein. Allerdings benötigen solche Entwicklungsarbeiten in der Regel fünf Jahre und mehr, bis entsprechend viel (dann wohl "patentiertes") Saatgut zur Verfügung steht. Trotz jüngster großzügiger Spenden seitens Bill Gates und Warren Buffet fehlt es den neuen Initiativen an Geld.

Das Geld wird inzwischen anderweitig benötigt. Denn unsere vorausschauende Elite hat andere Sorgen. Dominique Strauss-Kahn, der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds wird nicht müde, Geld für den "Bailout"

internationaler Großbanken einzufordern - erst jüngst wieder auf dem Treffen des IWF in Washington: "Ich glaube in der Tat, daß die Notwendigkeit für die Öffentlichkeit, endlich einzugreifen, immer offensichtlicher wird" und zwar ausdrücklich auch, weil "if capital buffers cannot be repaired quickly enough by the privat sector, use of public money can be examined" [wenn die Privaten das Geld nicht aufbringen, muß es die Öffentlichkeit tun], laut FT vom 7. April. Weil aber die Lockerung der Geldschöpfung durch die Zentralbanken nur die Spekulation (und damit die Inflation, was er allerdings nicht so sagte) anheizen, sollen die Staaten zum Bailout Steuergelder verwenden (und sich entsprechend weiter an die Hochfinanz verpfänden, auch letzteres sagte er nicht ausdrücklich).

Die Finanzminister der EU einigten sich in vorauseilendem Gehorsam auf ihrem Treffen in Brdo (Slowenien) darauf, auf nationaler Ebene für etwa 20 der größten Banken "Stabilitätsgruppen" zu bilden. Der Rest kann über die Wupper gehen, wie jetzt gerade die überschuldete Bremerhavener Weserbank auf Anordnung der Finanzaufsicht BaFin. Daß es bald mehr Banken in Deutschland so ergeht, dafür will die Ratingagentur Moodys sorgen. Während Analysten von Merrill Lynch meinen, das Schlimmste in Europa sei überstanden, dürfte sich die Lage in Deutschland nach Ansicht von Moodys noch einmal verschlimmern. Im europäischen Vergleich habe sich Deutschland in der letzten Zeit als weniger widerstandsfähig herausgestellt. Im Grunde wären wohl alle Banken nach dem noch geltenden Recht überschuldet, also Pleite, wenn sie - wie es jetzt EZB Vorstandsmitglied Lorenzo Bini Smaghi speziell von den deutschen Banken fordert - ihre Bücher offenlegten. Die Hauptsache ist Vertrauen - oder?